



Der langjährige Leiter der ZDF-Wirtschaftsredaktion (WISO) und spätere Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl, Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost, eröffnete gemeinsam mit Präsident Thomas Brüggemann die Sitzung des BDS/BVMU-Kuratoriums. Das Gremium will Anregungen und eigene Vorschläge zu aktuellen Fragen und Problemen in die Bundespolitik transportieren.

Das BDS/BVMU-Kuratorium: Geballte Kompetenz – Meinung, die Gehör findet

Friedhelm Ost will Gremium zur mittelstandspolitischen Denkfabrik umstrukturieren



Als neues Kuratoriumsmitglied konnte Friedhelm Ost die Brandenburger Landtagsabgeordnete Dr. Saskia Ludwig begrüßen, die für den Bereich „Wirtschafts- und Mittelstandspolitik“ zuständig sein wird.

Der langjährige Leiter der ZDF-Wirtschaftsredaktion (WISO) und spätere Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl, Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost, machte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des BDS/BVMU-Kuratoriums auf der Tagung des Gremiums im Unnaer Hotel Katharinenhof deutlich, dass er das Kuratorium zu einer mittelstandspolitischen Denkfabrik umstrukturieren will. Systematisch sollen dann Anregungen, eigene Vorschläge und Impulse zu aktuellen Fragen und Problemstellungen in die landes- und bundespolitischen Parteien sowie an inhaltlich nahestehende Organisationen transportiert werden.

Hochkarätige Persönlichkeiten

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die personelle Zusammensetzung des Kuratoriums durch hochkarätige Persönlichkeiten verstärkt. Als bewährter Mitstreiter wird Staatssekretär a.D. Dr. Jürgen Aretz, der schon in Thüringen für den Bereich Wissenschaft und Forschung Verantwort-



tung trug, dieses Spektrum auch im Kuratorium abdecken. Über eine ähnlich hohe Reputation verfügt der frühere Europaabgeordnete Prof. Dr. Joachim Starbatty, der für die Finanz- und Europapolitik zuständig sein wird. Als neues Mitglied konnte Friedhelm Ost die Brandenburger Landtagsabgeordnete Dr. Saskia Ludwig begrüßen, die sich mit Friedhelm Ost gemeinsam mit den Themen Wirtschafts- und Mittelstandspolitik – Schwerpunkt Deregulierung und Entbürokratisierung – befassen wird.

Mit der Familienpolitik wird sich die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel auseinandersetzen und das Ressort „öffentlich-rechtliche Medien“ wird vom Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik sowie Gründer des Vereins Deutsche Sprache, Walter Krämer, beleuchtet.

Für die Bildungs- und Schulpolitik ist im Kuratorium der langjährige bildungspolitische Sprecher der hessischen CDU, Hans-Jürgen Irmer, verantwortlich, und für das Sachgebiet „Innere Sicherheit und Migration“ stellt sich der frühere hessische Justizminister Dr. Christean Wagner zur Verfügung.

Weiterhin gehören neu zum Kuratorium der frühere Hamburger Umweltsenator Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, dessen fundierte Sichtweisen zur Klima- und Energiepolitik zwar vielfach dem Mainstream diametral entgegenstehen, also nicht dem Leitbild der gesellschaftlich anerkannten Debatte entsprechen, aber inzwischen auch durch die Medien für diskussionswürdig erachtet werden, sowie der mittelstandspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Carl-Julius Cronenberg.

Weitere Unterstützung erfährt das Kuratorium durch BDS/BVMU-Präsident Thomas Brüggemann

sowie durch Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer, der, wie bisher, für die Organisation und Öffentlichkeitsarbeit Verantwortung trägt.

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt: Habecks Angriff auf die Mitte der Gesellschaft



Eines der Schwerpunktthemen der Tagung war die Gefahr der Deindustrialisierung Deutschlands. Der überzeugte Sozialdemokrat und langjährige Hamburger Umweltminister Prof. Fritz Vahrenholt ging in seinem Referat mit der – wie er sagte – mittelstands- und bürgerfeindlichen Politik von Bundeswirtschaftsminister Habeck ins Gericht und warf diesem einen Angriff auf die Mitte der Gesellschaft vor.

Das „Wärmepumpendesaster“, wie Fritz Vahrenholt die Ampel-Pläne nennt, bringt nach seinen Berechnungen beim heutigen Stromerzeugermix keinerlei CO₂-Entlastung, sondern verursacht nur höhere Kosten, wenn die Gasheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt wird.



Prof. Vahrenholt stellt auf der Kuratoriumssitzung auch sein jüngstes Buch vor. Titel: *Die große Energiekrise – und wie wir sie bewältigen können.*



Staatssekretär a.D. Dr. Jürgen Aretz, der schon in Thüringen für den Bereich Wissenschaft und Forschung Verantwortung trug, wird dieses Spektrum auch im Kuratorium abdecken.

Ideologische Engstirnigkeit

So hätten die Bündnisgrünen Kohlekraftwerke lautstark zum Hauptfeind erklärt, obwohl diese durchaus umwelt- und klimafreundlich betrieben werden könnten, indem man sie mit einer CO₂-Abscheidung ausstatten würde. Weiterhin habe man den Fehler gemacht, dass in den letzten zehn Jahren Kraftwerke stillgelegt wurden, ohne diese durch verlässliche neue Kraftwerke zu ersetzen. Dies alles habe zur Folge gehabt, dass sich die Strompreise verdreifacht und die Gaspreise sogar vervierfacht hätten, hob Vahrenholt hervor. Sein Fazit: „Es ist die ideologische Engstirnigkeit, die die Grünen dazu bringt, sich technologischen Lösungen gegenüber zu versperren.“

Weltweit höchstes Strompreisniveau

Vor allem die exorbitant gestiegenen Gaspreise würden Unternehmen – insbesondere kleine und mittelständische Betriebe – in den Ruin treiben. Der gesamte Bereich der Metallverarbeitung ist nach Vahrenholts Worten betroffen. Gleiches gelte für die Kunststoff- und Glasindustrie, wobei auch die Chemische Industrie zu kämpfen habe, weil beispielsweise der Energiebedarf bei der Herstellung von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf Erdgas basiere. Die Erdgasverteuerung habe die Düngemittel bereits doppelt so teuer werden lassen wie vor drei Jahren, was sich heute wiederum in den Nahrungsmittelkosten niederschläge, betonte der frühere Hamburger Umweltsenator. Hinzu komme, dass es in Deutschland den Industriebetrieben mit dem im weltweiten Vergleich höchsten Strompreisniveau nicht leicht gemacht werde. Er wisse aus mannigfachen Gesprächen, dass sich viele Unternehmen mit dem Gedanken beschäftigen, die Produktion herunterzufahren, weil sie, laut eigener Aussage, auf Dauer nicht realisieren könnten, die gestiegenen Kosten auf ihre Endprodukte umzulegen, wusste Fritz Vahrenholt zu berichten.

Dreifacher CO₂-Fußabdruck

Für besonders widersinnig hält der SPD-Politiker, dass China – als große Exportnation – in Deutschland als Entwicklungsland eingestuft werde und daher von dem Pariser Abkommen von einer CO₂-Begrenzung ausgenommen sei. Jede dritte Tonne CO₂ werde im Reich der Mitte produziert, unterstrich Vahrenholt. Damit erhalte jede Produktion, die aus Deutschland nach China verlagert werde, einen dreimal so großen CO₂-Fußabdruck, wie dieselbe Produktion in Deutschland. Das heiße im Umkehrschluss, dass die stattgefundenen Verlagerung der Produktion von Daimler-Benz Motoren nach China dazu geführt habe, dass bei der Produktion dieser Motoren deren CO₂-Bilanz verdreifacht wurde. Zusammengefasst bedeute dies: „Weniger Arbeitsplätze,

geringerer Lohn für die Arbeitnehmer und eine erhöhte CO₂-Bilanz“, konkretisierte Vahrenholt seine Missbilligung.

Auch die Weigerung von Rot-Grün, eigene Gasreserven durch Fracking zu erschließen, fand deutliche Kritik von Fritz Vahrenholt. Diese Technologie könne in Deutschland „sauber“, und damit umweltfreundlich zum Einsatz kommen und in den nächsten 20 bis 30 Jahren das Erdgas zu günstigen Bedingungen liefern. Deshalb sei der Bezug von Flüssiggas aus den USA keine sinnvolle Lösung, sagte Vahrenholt mit Blick auf die CO₂-Bilanz des Transports und der mangelnden Sorgfalt der Amerikaner bei der Gas-Förderung.

Keine CO₂-Entlastung und höhere Kosten

Den größten Anschlag auf die Mitte der Gesellschaft sieht Vahrenholt in den Plänen der Ampel-Regierung, den Einbau einer Öl- oder Gasheizung ab dem 1. Januar 2024 zu untersagen und so nach Experteneinschätzung die Bürger in den kommenden fünf Jahren mit rund 45 Milliarden Euro zu belasten. Das „Wärmepumpendesaster“ wie Fritz Vahrenholt die Ampel-Pläne nennt, bringe nach seinen Berechnungen und denen von Professor Ganteför beim heutigen Stromerzeugermix keinerlei CO₂-Entlastung, sondern verursache nur höhere Kosten, wenn die Gasheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt werde.

(Anmerkung der Redaktion: Prof. Vahrenholts Aussagen werden durch eine Analyse des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln bestätigt. Dieses rechnete vier Szenarien in Nordrhein-Westfalen mit sich unterschiedlich entwickelten Energiepreisen durch. Dabei legten sie die Kosten für die Installation der neuen Heizung auf die Betriebsdauer um. Sie kamen zu folgendem Ergebnis: Auch wenn die 25 Prozent staatlichen Förderungen schon abgezogen wurden, ist in allen Szenarien der Einbau einer Gasbrennwertheizung günstiger als eine Wärmepumpe. Auch hier betrachteten die Experten die Kosten auf die gesamte Laufzeit der Heizung.)

Innerhalb der Bundesregierung hätten sich die Bündnisgrünen auf der ganzen Linie durchgesetzt und die FDP habe sich über den Tisch ziehen lassen, so Vahrenholts Fazit.

Unterbelichtetes Wissen

Dass Politiker, deren Wissen über energiepolitische Gesamtzusammenhänge vielfach unterbelichtet ausfalle, derart weitreichende Entscheidungen trafen, begründet Vahrenholt mit einem erheblichen Niveauverlust bei den Parlamentariern. So seien kaum Ingenieure im Deutschen Bundestag zu finden, dafür aber zu viele Abgeordnete, die noch nie eine eigene Steuererklärung abgegeben hätten. Zudem gehe es vor allen den Bündnisgrünen um Ideologie und damit um

die Verwirklichung eigener Zielvorstellungen. In vielen Bereichen stehe der Traum dahinter, eine Wirtschaftsordnung umzusetzen, die auch als „Ökosozialismus“ bezeichnet werden könnte – also eine Wirtschaftsordnung, bei der der Staat nimmt, zuteilt und regelt.

Nach eingehender Beratung beschlossen die

Mitglieder des Kuratoriums, ein Schreiben an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz zu richten, mit der Bitte, als Oppositionspartei deutlich gegen die Wärmepumpen-Pläne der Bundesregierung zu argumentieren, um gegebenenfalls Änderungen herbeizuführen.

*Das Schreiben
an Friedrich Merz
im Wortlaut*

Herrn Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pläne der Bundesregierung zur Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Merz,

das Kuratorium der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer (BVMU) und des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, hat sich auf seiner letzten Sitzung ausführlich mit den Plänen der Ampel-Regierung zur Energiepolitik beschäftigt.

Professor Fritz Vahrenholt, langjähriger Umweltsenator in Hamburg und späterer Vorstandsvorsitzender des RWE-Tochterunternehmens Innogy, hat auf der Sitzung noch einmal seine Bedenken gegen die Pläne der Ampel-Regierung vorgetragen.

So wird nach seiner Ansicht die Einführung der Wärmepumpe ab Januar 2024 beim augenblicklichen Strommix keinen Beitrag zur CO₂-Entlastung mit sich bringen. Seine Begründung: Der augenblickliche Strommix, der sich bis 2030 nicht wesentlich ändern wird, wird zu 60 Prozent aus Kohle- und Gaskraftwerken bedient. Daraus resultiert eine CO₂-Belastung von 0,517 kg/kWh, dem durchschnittlichen CO₂-Fußabdruck für Strom der letzten 12 Monate.

Der Wirkungsgrad einer Wärmepumpe liegt – so Professor Vahrenholt – im Winter laut Messreihen bei 2,5 bis 3, das heißt: Aus einer Kilowattstunde Strom werden 2,5 bis 3 Kilowattstunden Wärme. Die entsprechende CO₂-Belastung reduziert sich dadurch auf 0,2 kg/kWh bis 0,17 kg/kWh. Durch eine Erdgasheizung wird eine CO₂-Emmission von 0,16 kg/kWh erzeugt. Das wiederum bedeutet, dass der Austausch durch eine Wärmepumpe die CO₂-Emmission leicht erhöht.

Selbst gegenüber einer Ölheizung bringt die Wärmepumpe keine wesentliche CO₂-Entlastung, die einen derartig (wie geplant) massiven Eingriff in die Rechte der Hauseigentümer rechtfertigt.

Auch die Kostenseite müsste Berücksichtigung finden. Bei heutigen Durchschnittskosten von 40 €ct/kWh Strom, kostet die kWh bei der Wärmepumpe 13,3 bis 16 €ct/kWh, Erdgas liegt bei 10 €ct/kWh.

Bei der Berechnung ist nicht einmal berücksichtigt, dass für die Warmwasseraufbereitung auf 60 Grad zusätzliche Kosten anfallen. Ebenso wenig berücksichtigt ist, dass bei Temperaturen ab -5 Grad Celsius, zusätzliche Stromkosten für das Enteisen der Kühlrippen entstehen (Quelle: Professor Ganteför).

Weiterhin warnt Professor Vahrenholt vor weiteren Produktionsverlagerungen aus Deutschland und nennt ein Beispiel: Die Verlagerung der Produktion von Daimler-Benz-Motoren von Süddeutschland nach China hat dazu geführt, dass bei der Produktion dieser Motoren deren CO₂-Bilanz sich verdreifacht hat. Das Ergebnis: Weniger Arbeitsplätze, geringerer Lohn für die Arbeitnehmer und eine erhöhte CO₂-Bilanz.

Weitere Punkte, die Professor Vahrenholt angeführt hat, veranlassen uns, Sie zu bitten, vor den Beratungen im Deutschen Bundestag dem Wissenschaftler Gelegenheit zu geben, seine Bedenken und wissenschaftlichen Erkenntnisse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorzutragen, damit die Mitglieder Ihrer Fraktion die Möglichkeit erhalten, argumentativ den Plänen von Wirtschaftsminister Habeck etwas entgegenzusetzen.

Sehr geehrter Herr Merz, wir bitten Sie um eine wohlwollende Prüfung unseres Anliegens und sehen mit großem Interesse Ihrer Nachricht entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Friedhelm Ost
Staatssekretär a.D.
Vorsitzender des BVMU-/BDS-Kuratoriums

Thomas Brüggemann
BDS-/BVMU-Präsident

Joachim Schäfer
Hauptgeschäftsführer



Das Sachgebiet „Innere Sicherheit und Migration“ wird durch den früheren hessischen Justizminister Dr. Christean Wagner beleuchtet.

Vorschläge und Forderungen

Weiterhin beschlossen die Mitglieder des Kuratoriums, im Rahmen der ihnen gebotenen Möglichkeiten für nachstehende Vorschläge und Forderungen in der Öffentlichkeit zu werben:

- Entwicklung von CO₂-freier Kohletechnologie und Umbau von bestehenden Kohlekraftwerken
- Verstärkung des Energieforschungsprogramms und Erweiterung um inhärent sichere Kernkraftwerke der vierten Generation
- Statt Endlagerung abgebrannter Brennelemente Initiierung eines Kreislaufs zur Wiederverwertung
- Weiterbetrieb der sechs abgestellten Kernkraftwerke und Aufhebung des Kernenergieausstiegs
- Aufhebung des Fracking-Verbots in Deutschland und Förderung des eigenen Schiefergases
- Forcierung wettbewerbsfähiger Speichertechnologien
- Aufhebung des Verbots der Gasheizungen
- Zeitliche Begrenzung der Belastung des Europäischen CO₂-Zertifikatehandels auf 50 Euro pro Tonne CO₂

Sylvia Pantel: Grundlagen menschlicher Existenz infrage gestellt



Sylvia Pantel zum sogenannten Selbstbestimmungsrecht: „Früher hätte man eine derartige Politik als verrückt oder dekadent bezeichnet.“

Die bürgerliche Mitte werde auch in der Familienpolitik auf allen Ebenen kontinuierlich durch rot-grüne Ideologen angegriffen, sagt die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel. Dabei würden sogar die Grundlagen menschlicher Existenz infrage gestellt, indem das biologische Geschlecht durch das soziale Geschlecht ersetzt werden soll. Die Änderung beim Abstammungsrecht mache es nach Plänen der Ampel möglich, die biologischen Eltern durch

Wahleltern auszutauschen. Bis zu vier Erziehungsberechtigte sollen dann die rechtliche Erziehungskompetenz bekommen. Zudem solle ein sogenanntes Selbstbestimmungsrecht regeln, dass ein Mensch jährlich das Geschlecht wechseln kann – ungeachtet der biologischen Anlagen, erläuterte Sylvia Pantel.

Pubertätsblocker und Hormone

Die Möglichkeit, seinen Geschlechtereintrag ohne jede Hürde ändern zu können, werde Jugendliche dazu verführen, den Weg der Geschlechterumwandlung einfacher und schneller zu gehen. Ab 14 Jahren – attackierte Sylvia Pantel die Ampel-Pläne – könnten dann Jugendliche auch gegen den Willen der Eltern und ohne ärztliches Gutachten Pubertätsblocker und Hormone einnehmen dürfen – dies mit Blick auf eine ins Auge gefasste Operation. Das Ergebnis: Nach ihrer Einschätzung würden dann die erkämpften Frauenrechte und Schutzräume ebenfalls für biologische Männer zugänglich sein, die sich als Frau hätten eintragen lassen. Früher hätte man – so Sylvia Pantel weiter – eine derartige Politik als verrückt oder dekadent bezeichnet. Leider finde derzeit aber keine, oder kaum eine objektive Berichterstattung zu diesem Thema in den öffentlich-rechtlichen Medien statt. Sylvia Pantel wörtlich: „Und so setzt sich dieser Irrweg ohne größere öffentliche Aufregung fort.“

Häufig praktizierte Lebensmodell

Sylvia Pantel, die innerhalb der CDU auch Vorsitzende des konservativen Berliner Kreises ist, verwies in ihren Ausführungen auf die INSA-Familienstudie aus dem Jahr 2022, nach der 62 Prozent der minderjährigen Kinder bei ihren miteinander verheirateten Eltern aufwachsen – und dass die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kind, das am häufigsten praktizierte Lebensmodell sei. Ebenso die SHELL-Jugendstudie, aber auch die Bertelsmann-Studie belegten, dass die Familie beliebt, gewollt und von großer Mehrheit der Bürger geachtet werde, stellte Sylvia Pantel klar.

Der Schutz von Ehe und Familie sei zwar noch im Grundgesetz verankert, aber durch die „Ehe für alle“ sei dieser Schutz ausgehöhlt worden. Als nächster Schritt sei die Abschaffung des „Ehegattensplittings“ geplant, befürchtet Pantel.

Verquere Familienpolitik

Kritik der streitbaren Düsseldorferin findet auch der politische Ansatz, dass gute Bildung nur in der Kita stattfindet. Leider finde die Erkenntnis, dass Bindung eine gute Voraussetzung für gute Bildung sei, kaum Beachtung. Dabei gebe es Vergleichsstudien, mit Ergebnissen aus der DDR und der Bundesrepublik zur Krippenerziehung, die belegten, dass die Ergebnisse einer zu frühen Fremdbetreuung aus der DDR nicht positiv seien.

Die nach ihrer Ansicht verquere Familienpolitik schlage sich inzwischen auch in den Schulen Nordrhein-Westfalens nieder. Ohne weitere Diskussion seien die Schulbücher in NRW von den Grünen nach ideologischen Gesichtspunkten verändert worden. So werde in der Grundschule bei einer Mathematikaufgabe vom „Bauern mit seinem Mann“ – und nicht vom Bauern mit seiner Frau – gesprochen, nannte Sylvia Pantel eines von vielen Beispielen. Im Diktat werde in einem Text erklärt, dass Anna ihren Vater nicht kenne, da ihre Mutter sich eine Samenspende im Ausland habe einsetzen lassen und nun alleinerziehend sei.

Hoffnung auf Widerstand

Sylvia Pantel berichtete von ihrem Gespräch mit einer Mutter, die ihre Empörung darüber zum Ausdruck brachte, dass ihrer achtjährigen Tochter in einem Erklärverzeichnis der sexuellen Vielfalt der Begriff des Analverkehrs einfach und anschaulich vermittelt worden sei. Auf Nachfrage habe man ihr erklärt, dass es doch besser sei, wenn die Schule so etwas zur Sprache bringe und man sich entsprechende Informationen nicht aus dem Internet holen müsse.

Sylvia Pantel wörtlich: „Mich besorgt, wie weit die Bündnisgrünen bereits mit ihrem Weltbild gekommen sind und wie die von mir geschilderten Gesetzesvorhaben unsere Gesellschaft stark verändern und verunsichern werden. Ich hoffe nur, dass der Widerstand wächst.“

Das Kuratorium beschloss nach eingehender Beratung, die von Sylvia Pantel aufgezeigte Problematik verstärkt in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu transportieren, damit diese zumindest ein argumentatives Gegengewicht zur rot-grünen Familienpolitik in der Öffentlichkeit deutlich macht.

Prof. Dr. Walter Krämer: Schach dem ÖRR!



Walter Krämer genießt als Statistikexperte und Mathematikprofessor nicht nur eine hohe internationale Reputation, sondern er hat sich auch als Bestsellerautor in der literarischen Welt einen Namen gemacht. Weiterhin kennt eine breite Öffentlichkeit ihn als Gründer und Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache und als pointierten Kritiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehwesens in Deutschland. Dieses werde – so Walter Krämer in seinem Eingangsstatement – seinem im Medienstaatsvertrag festgelegten Auftrag seit längerem nicht mehr gerecht, „einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben“, wie es im §26 des Medienstaatsvertrags heißt. Stattdessen werde auf den öffentlich-rechtlichen Wellen und Kanälen eine sehr einseitige Weltsicht propagiert, macht Walter Krämer deutlich. Diesen knallharten Vorwurf untermauerte Krämer mit einer Umfrage unter ARD-Volontären vor der letzten Bundestagswahl. Danach gaben 57 Prozent der Befragten an, die Grünen zu wählen, 23 Prozent wählten die Linkspartei, 12 Prozent die SPD. Auf Union und FDP zusammen entfielen nur rund 4 Prozent. Ähnliches zeige sich auch bei den höheren Positionen von ARD und ZDF. Dort seien konservative oder liberale Ansichten kaum noch vertreten, so Krämers Bewertung.

Verzerrte und einseitige ÖRR-Weltsicht

Unübersehbare Beispiele dieser verzerrten ÖRR-Weltsicht seien die einseitige Darstellung der Migrations- und Flüchtlingsfrage, die unterschätzte Bedrohung der westlichen Gesellschaftsordnung durch den militanten Islam, eine jahrzehntelange fragwürdige Berichterstattung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, eine eher einseitige Darstellung der Rolle Deutschlands in der Euro-Krise und die aktuellen Umerziehungsversuche in Richtung Gendersprache, zählte Krämer die für ihn deutlich sichtbaren Defizite auf. Krämer verwies auf diverse Umfragen, die zeigten, dass drei Viertel aller Bundesbürger die von oben aufgezwungene Entstellung der deutschen Sprache ablehnen, was aber die ÖRR-Medienmacher ignorierten.

Er stelle immer wieder fest – unterstrich Krämer –, dass die öffentlich-rechtlichen Medien Meldungen verbreiteten, ohne zu hinterfragen, ob wirklich Substanz dahinterstehe.

Vielfach seien auch Desinformationskampagnen an der Tagesordnung, weil in den Redaktionsstuben der Anspruch abgeleitet werde, das Volk politisch missionieren beziehungsweise erziehen zu müssen. Walter Krämer findet deutliche Worte: „Der links-grüne Drall, der sich durch fast alle Sender und Programme zieht, hat als oberste Richtschnur Haltung statt seriöser Information zu



Für die Bildungs- und Schulpolitik ist im Kuratorium der langjährige bildungspolitische Sprecher der hessischen CDU, Hans-Jürgen Irmer, verantwortlich.

„Vielfach sind auch Desinformationskampagnen an der Tagesordnung, weil in den Redaktionsstuben der Anspruch abgeleitet wird, das Volk politisch missionieren beziehungsweise erziehen zu müssen.“



Staatssekretär a.D.
Friedhelm Ost:
„Die Feuertaufe als
mittelstands- und
gesellschaftspolitische
Denkfabrik wurde mit
Bravour bestanden.“

vermitteln“. Ein klassisches Beispiel ist für Walter Krämer die Meldung des ZDF nach der letzten Unterhauswahl in England. Nach der ZDF-Berichterstattung waren die Grünen der große Wahlgewinner. Die Wahrheit: Die Grünen-Partei hatte vor der Wahl 1,6 Prozent aller Wählerstimmen auf sich vereinigen können, nach der Wahl 2,7 Prozent. Somit hätten die Grünen zwar um 60 Prozent zugelegt, seien aber gleichwohl auch weiterhin eine unbedeutende Splitterpartei in England geblieben. Für das ZDF seien sie aber der große Wahlsieger gewesen.

Walter Krämers Philippika

Da die journalistischen Defizite von einer weit verbreiteten Vetternwirtschaft flankiert würden, müsse dem ein Ende gesetzt werden, so Krämers Philippika, die er wie folgt umriss:

- Schluss mit der Selbstbedienungsmentalität und Anpassung der Gehaltsstruktur an vergleichbare Positionen im öffentlichen Dienst
- Reduktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens auf die Hälfte des aktuellen Umfangs. Problemlos ist dies durch die Zusammenlegung von Sendeanstalten und der Vermeidung von Doppel- oder Trippelproduktionen erreichbar
- Mehr Kontrolle durch die Rundfunkräte
- Überprüfung der politischen Ausgewogenheit
- Fokussierung auf Kultur und Bildung
- Senkung der Rundfunkbeiträge

Nach eingehender Debatte innerhalb des Kuratoriums wurde beschlossen, zunächst den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, anzuschreiben, weil dieser sich ebenfalls einen Namen als Kritiker des ÖRR gemacht hat, und ihn zu bitten, das Gespräch mit Walter Krämer zu suchen, um hier gegebenenfalls zu einer gemeinsamen Strategie zu kommen.

Reform des ÖRR

Da nach dem Medienstaatsvertrag der Zuständigkeitsbereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in die Länderkompetenz fällt, soll im zweiten Schritt der BDS/BVMU-Kuratoriums-Initiative ebenfalls der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder ersucht werden, gegebenenfalls über eine Bundesratsinitiative zu einer Reform des ÖRR zu kommen. Weiterhin wurde Joachim Schäfer gebeten, das Thema bei jedem seiner politischen Gespräche mit auf die Agenda zu setzen.

Weiterhin wurde vereinbart, kurzfristig auf die Reaktionen der Kuratoriums-Initiativen zu reagieren und auch die Verbandsmitglieder über die weitere Vorgehensweise zeitnah zu informieren.

Friedhelm Ost fasste als Resümee der Kuratoriumssitzung zusammen: „Die Feuertaufe als mittelstands- und gesellschaftspolitische Denkfabrik wurde mit Bravour bestanden.“ Eine Bewertung, die von allen Teilnehmern mit viel Beifall bedacht wurde. J.S. ■

Impressionen

